

Unterhaltsvorschussstelle der Stadt Sankt Augustin	Eingangsstempel der Behörde
Aktenzeichen	Beiblatt bei UV-Stelle eingegangen am:

## **Anlage zum Antrag auf Unterhaltsvorschussleistungen nach dem UVG**

**Für Kinder, die innerhalb der nächsten 3 Monate das 12. Lebensjahr vollenden oder älter sind.**

**(Bitte pro Kind ein Vordruck ausfüllen.)**

**Hinweis:** Falls das Kind schon 12 Jahre alt oder älter ist, werden die nachfolgenden Angaben und Nachweise für den Monat benötigt, in dem Unterhaltsvorschuss beantragt wird, beziehungsweise die Anspruchsvoraussetzungen geprüft werden. Falls das Kind in den nächsten 3 Monaten 12 Jahre alt wird, werden die nachfolgenden Angaben und Nachweise für den Monat benötigt, in dem das Kind 12 Jahre alt wird.

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

<b>1</b>	<p>Das Kind hat im maßgeblichen Monat Leistungen vom Jobcenter (SGB-II-Leistungen) erhalten.</p> <p><input type="checkbox"/> ja    BG-Nummer: _____</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p>
	<p>Wenn ja:</p> <p>Hat der Elternteil, bei dem das Kind lebt, hat im maßgeblichen Monat ein Bruttoeinkommen in Höhe von mindestens 600,00 € erzielt? (siehe Merkblatt)</p> <p><input type="checkbox"/> Ja                      <input type="checkbox"/> Nein</p>
<b>Fügen Sie bitte den vollständigen aktuellsten Bescheid des Jobcenters für den maßgeblichen Monat bei</b>	
<b>2</b>	<input type="checkbox"/> Für das Kind wurde Wohngeld beantragt.

### **Zusätzliche Angaben, wenn dass das Kind bereits 15, 16 oder 17 Jahre alt ist**

<b>3</b>	<p>Das Kind besucht eine allgemeinbildende Schule (siehe Erklärung).</p> <p><input type="checkbox"/> ja; das Abschlusszeugnis wird voraussichtlich erteilt im _____ (Monat)/ _____ (Jahr).</p> <p><input type="checkbox"/> Das Kind geht für ein Jahr zu einer Schule im Ausland, und zwar vom _____ bis zum _____.</p>
<b>4</b>	<p>Wenn das Kind <b>keine</b> allgemeinbildende Schule besucht:</p> <p>Das Kind bezieht folgende Einkünfte:</p> <p><input type="checkbox"/> Ausbildungsvergütung            <input type="checkbox"/> sonstige Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Einkünfte aus Kapitalvermögen, die 120,00 € jährlich überschreiten</p> <p><input type="checkbox"/> Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung</p> <p><input type="checkbox"/> Einkünfte aus Land- oder Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Tätigkeit</p> <p><input type="checkbox"/> eine Lohnersatzleistung (z.B. Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Insolvenzgeld, Kurzarbeitergeld, Elterngeld, Mutterschaftsgeld oder den Zuschuss des Arbeitgebers zum Mutterschaftsgeld)</p>
<b>Fügen Sie bitte sämtliche Bescheinigungen, Verträge und Einkommensnachweise in Kopie bei.</b>	

## Erklärung

Ich versichere, dass ich diesen Antrag nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt und alle Angaben vollständig gemacht habe. Ich habe das Merkblatt zum UVG erhalten und zur Kenntnis genommen. Auf meine Anzeigepflicht bin ich unter Hinweis auf das Merkblatt besonders aufmerksam gemacht worden. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, alle Änderungen zu den Angaben in diesem Antrag, die Auswirkungen auf die Leistung haben könnten, unverzüglich mitzuteilen. Eine Verletzung dieser Pflicht kann als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

Ein Anspruch auf Leistungen nach dem UVG besteht nicht, wenn ich die Auskünfte, die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendig sind, nicht erteile oder wenn ich bei der Feststellung der Vaterschaft des Kindes nicht mitwirke.

Für die Leistungen nach dem UVG werden die angegebenen persönlichen Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Eine Übermittlung der Angaben aus dem Antrag erfolgt nur an die Stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Das Merkblatt „Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und 14 DSGVO“ habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen.

_____, den _____ Ort Datum	_____ Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers
-------------------------------	--

## Datenschutzrechtliche Einwilligung

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass zur Durchführung des UVG erforderliche personenbezogene Daten an folgende Stellen übermittelt werden:

[Bitte ankreuzen]

- Beistand
- (Amts-) Pfleger/in
- Vormund
- Rechtsanwältin/Rechtsanwalt meines Kindes

Diese datenschutzrechtliche Einwilligung ist freiwillig und kann durch mich jederzeit ganz oder teilweise widerrufen werden. Meine Widerrufserklärung werde ich mündlich, schriftlich oder per E-Mail an die Unterhaltsvorschussstelle richten. Durch einen Widerruf meiner Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Im Falle des Widerrufs haben die o.g. Stellen die aufgrund dieser Einwilligung erhaltenen Daten zu löschen. Weder eine Verweigerung der Einwilligung noch ein Widerruf haben für mich nachteilige Folgen.

Ich hatte Gelegenheit, im Zusammenhang mit dieser datenschutzrechtlichen Einwilligung Fragen zu stellen. Diese wurden vollständig und umfassend beantwortet. Mir ist auch bekannt, dass ich jederzeit gegenüber Unterhaltsvorschussstelle meine datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte geltend machen kann, insbesondere auf Auskunft über die zu meiner Person gespeicherten Daten sowie deren Berichtigung, Sperrung und Löschung. Zudem ist mir bewusst, dass ich mich bei sämtlichen Anliegen bezüglich der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten jederzeit an den Datenschutzbeauftragten Unterhaltsvorschussstelle wenden kann.

Mir ist auch bekannt, dass ich das Recht habe, mich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten durch das MKFFI zu beschweren. Zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44

40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0

Fax: 0211/38424-10

E-Mail: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

### Kontaktdaten:

Stadt Sankt Augustin, Fachbereich 5/20 – Unterhaltsvorschusskasse; Markt 1 in 53757 Sankt Augustin

[unterhaltsvorschusskasse@sankt-augustin.de](mailto:unterhaltsvorschusskasse@sankt-augustin.de)

### Datenschutzbeauftragter der Stadt Sankt Augustin

Katja Maffei, Markt 1, 53757 Sankt Augustin

[datenschutz@sankt-augustin.de](mailto:datenschutz@sankt-augustin.de)

_____, den _____ Ort Datum	_____ Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers
-------------------------------	--

## Erläuterungen

### 1. Allgemeinbildende Schulen

In Nordrhein-Westfalen zählen zu den allgemeinbildenden Schulen: öffentliche und private Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und PRIMUS-Schulen (Schulversuch). Waldorfschulen sind Ersatzschulen eigener Art und gehören zu den allgemeinbildenden Schulen.

Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer Behinderung oder wegen einer Lern- oder Entwicklungsstörung in allgemeinbildenden Schulen, in Förderschulen und in Schulen für Kranke sonderpädagogisch gefördert werden, sind, soweit es um den Bezug von Unterhaltsvorschuss geht, Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen gleichgestellt. Als Besuch einer allgemeinbildenden Schule gilt in diesem Zusammenhang auch, wenn das Kind an einer nicht allgemeinbildenden Schule (z.B. Berufskolleg) einen allgemeinbildenden Abschluss (Abschluss der Sekundarstufe I oder II einschließlich Fachhochschulreife) anstrebt.

- ### 2. Zum Einkommen gehören insbesondere das Erwerbseinkommen und im Regelfall auch Sozialleistungen (außer z.B. Kindergeld, Arbeitslosengeld II, Mindestelterngeld). Für den Fall, dass Sie neben Ihrem Einkommen Arbeitslosengeld II beziehen und nicht sicher sind, ob Ihr Bruttoeinkommen 600 Euro überschreitet oder nicht, empfehlen wir Ihnen, der Unterhaltsvorschussstelle den Bescheid des Jobcenters für den maßgeblichen Monat vorzulegen. Die Unterhaltsvorschussstelle prüft dann an Hand dieses Bescheids, wie hoch in Ihrem Fall das maßgebliche Einkommen anzusetzen ist.